Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Beingerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unj. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 179. **Sonntag** den 28. Juni 1891. **85. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 1. Juli 1891, Abends 6½ Uhr, im Sitzungssaale am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Bericht des Finanz- und Oekonomieausschusses über den Haushaltplan der Kirchengemeinde der Parochie Leipzig-Lößnig auf das Jahr 1891 und Zahlung eines Beitrages zu dem Parochialfestbeitrage a conto 19 des diesjährigen Haushaltplanes.
II. Bericht des Finanzausschusses über a. Anschaffung eines feuersicheren sogenannten Bücherschrankes für die Plagwitzer Zweiggeschäftsstelle des Stadt-Steueramtes; b. Herstellung dieser Filialpremisenverbindung von dem Stadt-Steueramte aus mit den 6 Zweiggeschäftsstellen des letzteren und der königlichen Bezirkssteuer-Einnahme; c. Aufnahme einer Anleihe seitens des Kirchenvorstandes der neuen Parochie Leipzig-Volkmarsdorf; d. Bestellung eines Berechnungsgutachtens aus Anlaß der hier in diesem Jahre stattfindenden XVII. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege.
III. Bericht des Oekonomie- und Finanzausschusses über: Erbauung einer Feldscheune für das Rittergut Sellerhausen u. Th.
IV. Bericht des Bau- und Finanzausschusses über Herstellung von Klappen nebst Thermometern für die Heizungsanlage in der III. Bezirksschule.
V. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über a. die Eingabe des Herrn Klement in Betreff der Alrichsgasse, b. Ankauf des in Leipzig-Reudnitz an der Kohlgartenstraße Nr. 57 gelegenen Grundstücks, c. regulirungsmäßige Entschädigung des von dem zwischen der Plagwitzer und Hauptstraße in Leipzig-Kleinzschocher gelegenen Reichel'schen Grundstücke abzutretenden Areals zum Zwecke der Regulirung der Straßenfluchtlinien.
VI. Bericht des Bau- und Oekonomieausschusses über Feststellung der Lage und Breite der anlang der Friedhofsmauer neuanzulegenden Straße von der Johannisallee nach dem Windmühlenwege.
VII. Bericht des Bauausschusses über Einlegung der Wasserleitung in den Pfaffendorf-Eutritzscher Communicationsstraße.
VIII. Bericht des Schulausschusses über a. verschiedene Stiftungsrechnungen, b. die Rechnung des Realgymnasiums zu Leipzig auf das Jahr 1889, c. die Rechnung der Realschule zu Leipzig auf das Jahr 1889, d. Vermiethung von Räumen in dem Schulgebäude an der Mittelstraße Nr. 14 in Leipzig-Reudnitz an den Ausschuß für Errichtung einer Haushaltungsschule in Leipzig, e. Beschaffung von Turngeräthen für die 2. Turnhalle der VIII. Bezirksschule, f. Errichtung einer Fachschule für Tischler und Eröffnung einer 2. Classe der der Fachschule für Schneider.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die in Leipzig-Reudnitz, Eisenbahnstraße 16, und in Leipzig-Plagwitz, Rathhaus, Erdgeschoß, sowie im vormaligen Gemeinde-Amte zu Leipzig-Gohlis bestehenden **Zweiggeschäftsstellen des Vollstreckungs-Amtes** mit dem 30. ds. Mts. **aufgehoben** werden.

Es sind daher vom 1. nächsten Monats ab in **Zwangsvollstreckungssachen** alle Zahlungen und sonstigen Anbringen im **Stadthause zu Alt-Leipzig, Obstmarkt 3, II. Obergeschoß, Zimmer 107,** zu bewirken.

Leipzig, am 27. Juni 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hübschmann.

Auctions-Bekanntmachung.

Montag, den 29. dieses Monats, Vormittags von 9 Uhr an,
sollen im **Rathhause zu Leipzig-Plagwitz,** Eingang Canalstraße, verschiedene Wirthschaftsgegenstände, Kleidungsstücke, Taschenuhren, ein silbernes Besteck und verschiedene andere Gegenstände an den Meistbietenden **gegen sofortige baare Bezahlung** öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 24. Juni 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Id. 3693. Dr. Georgi. Hübschmann.

Holz-Auction.

Im Universitäts-Holze bei Liebertwolkwitz sollen **Montag,** den **6. Juli d. Js.*),** von Vormittags 10 Uhr an
3 fichtene Stämme von 23—33 cm Mittenstärke und 10—14 m Länge,
327 eichene Klötzer von 10—76 cm Ober- bez. Mittenstärke und 2—10 m Länge,
6 aspene Klötzer von 19—24 cm Ober- bez. Mittenstärke und 5—7 m Länge und
7 birkene Klötzer von 16—21 cm Oberstärke und 4 m Länge
auctionsweise verkauft werden.

Kauflustige werden ersucht, zu der angegebenen Zeit **auf dem Ausschlage in den sogen. „Saulöchern"** der Universitäts-Waldung sich einzufinden. **Die geordneten Anzahlungen sind sofort nach dem Zuschlage zu bewirken.**

Leipzig, am 23. Juni 1891.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

*) Nicht wie früher angegeben, den 2. Juli.

Abbruch.

Die Universitätsgebäude an der **Ritterstraße Nr. 16, 18, 20** und **22** sollen behufs Errichtung eines Neubaues auf den **Abbruch** verkauft werden.

Bietungslustige wollen ihre Offerten mit Preisangabe bis spätestens
Sonnabend, den 4. Juli d. Js., Mittags 12 Uhr
im Universitäts-Rentamte versiegelt abgeben.

Die Bedingungen für den Abbruch sind daselbst einzusehen.

Leipzig, am 26. Juni 1891.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Bekanntmachung.

Der unterzeichnete Schulvorstand beabsichtigt, **eventuell die beiden** hiesigen **Schulgebäude,** von denen das eine sich zu gewerblichem Betriebe, das andere zum Wohnhaus trefflich eignen würde, nebst Gärten zu **veräußern,** und sieht bis zum 31. Juli diesbezüglichen Kaufgeboten entgegen, mit dem Bemerken, daß Reberan zwar eine kleine, aber im Aufblühen begriffene und sehr gewerbefleißige Stadt ist.

Reberan, den 26. Juni 1891.

Der Schulvorstand.
Pfarrer Weißbach, Vorsitzender.

Die innere Lage.

Wenn man auf die parlamentarischen Arbeiten früherer Jahre **zurückblickt,** so findet man, daß auch damals viel geleistet worden ist, aber so angestrengt und erfolgreich ist die **Thätigkeit der Volksvertretung in Reich und Einzelstaat** noch nie zuvor gewesen, wie in den letzten drei Jahren. Socialpolitische Gesetzgebung, Steuerreform, eine neue Landgemeindeordnung, dazu Vermehrung der Artillerie auf militairischem Gebiete, Neuorganisation der Flotte, ein umfassender Plan für eine Reform des Unterrichts, Abschluß des Versöhnungswerkes mit dem Papstthum, dazu Befestigung der Bündnißpolitik, gutes Einvernehmen mit Rußland und England, mit der Türkei, ja mit der ganzen civilisirten Welt, eine Achtung gebietende Stellung Deutschlands, das sind erfreuliche Thatsachen. Die Regierung hat sich durch die Verhältnisse erstarkt, zielbewußt erwiesen. Von der früher bemerkten Unsicherheit ist gegenwärtig nicht viel mehr zu spüren. Es kommt ja auch darauf an, was man unter Unsicherheit versteht.

Die Conservativen verstanden unter der Unsicherheit den Zustand, welcher ihnen den gewünschten und gehofften Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse vorenthielt, ein Theil der Liberalen, welcher die Großindustrie vertritt, begegnete sich mit dem Großgrundbesitz in dem gleichen Streben nach Macht und Einfluß, und keiner von beiden Kategorien war es recht, daß die Regierung bei ihnen keinen Anschluß suchte, sondern ihr Ziel unabhängig von den Partei-Interessen verfolgte, daß sie das that, was einer Regierung zieht, nämlich über den Parteien zu stehen und lediglich das Gesammtwohl im Auge zu haben. Die Regierung verschmähte es, gemeinschaftliche Sache mit bestimmten Interessen zu machen, sie räumte weder dem Großgrundbesitz, noch der Großindustrie einen bestimmenden Einfluß auf ihre Entscheidungen ein, sondern sie ließ sich bei Verfolgung ihrer Ziele ausschließlich von allgemeinen, das Ganze betreffenden Gesichtspuncten leiten. Das erzeugte bei den Vertretern der einzelnen Interessenkreise das Gefühl der Unsicherheit, aber die Regierung war frei davon.

Es ist gesagt worden, daß der alte Curs fortbestehe, und das ist auch in dem Sinne der Fall, wie es die Regierung auffaßt. Der alte Curs war in erster Linie daran zu erkennen, daß die Aufrechthaltung des Friedens auf jede Weise angestrebt wurde, theils durch Befestigung der bestehenden Bündnisse, theils durch Vermehrung der freundschaftlichen Beziehungen zu andern Mächten. Der alte Curs ist ferner verfolgt worden durch die Fortführung der socialpolitischen Gesetzgebung, welche durch das Alters- und Invaliditätsversorgungsgesetz und durch die Abänderung der Gewerbe-Ordnung zum Zweck der Erweiterung des Arbeiterschutzes ersprießliche Ergänzungen erhalten hat. Es ist auch alter Curs, daß die Landwirthschaft auch in Zukunft als schutzbedürftig angesehen wird und daß die Interessen der Großindustrie keine Schädigung erleiden sollen. Als neuen Curs kann man die Steuerreform und die Einfügung der Landgemeindeordnung in das bisherige System der Selbstverwaltung in Preußen ansehen, obwohl der Mangel dieser Gesetze seit langer Zeit als ein Befriedigung heischendes Bedürfniß empfunden wurde. Diese Neuerungen sind erreicht worden, obwohl sich die entgegenstehenden Interessenkreise dagegen wehrten. Wir haben die merkwürdige Thatsache festzustellen, daß diese Reformen unter Mitwirkung der laut dagegen ankämpfenden Gegner erreicht worden sind und daß sich daraus ein Waffenstillstand der Partei entwickelt hat, wie er im Deutschen Reiche bisher noch nicht beobachtet worden ist.

Dieses Ergebniß ist an sich wichtig und bedeutend genug, um die öffentliche Aufmerksamkeit in hervorragendem Maße zu erregen, aber die Folgen, welche sich daran knüpfen, empfehlen sich der allgemeinen Beachtung noch mehr. Der Gegensatz, welcher sich zwischen den Haupt-Interessenkreisen und der Regierung herausbilden schien, flößte den Oppositionsparteien der Vergangenheit, den Freisinnigen und den Socialdemokraten die Hoffnung ein, daß es ihnen gelingen werde, den maßgebenden Einfluß zu gewinnen, daß sie die Erbschaft der Conservativen, Nationalliberalen und des Centrums antreten könnten. Das war ein großer Irrthum, welcher seine Quelle in der Annahme hatte, daß die Regierung sich auf bestimmte Parteien stützen müsse, wenn sie ihre Absichten durchsetzen wolle. Das ist nun aber nicht der Fall, die Regierung stützt sich auf keine Partei, und darin beruht ihre Stärke. Es ist das Zeichen einer schwachen Regierung, wenn sie Anlehnung an eine bestimmte Partei sucht, eine starke Regierung zwingt die streitenden Parteien, sich zum Wohle des Ganzen zu vereinigen und ihre Zwistigkeiten und Eifersüchteleien dem Staatszweck unterzuordnen.

Es ist eigentlich ein Mißbrauch, von Parteien zu reden, welche der Regierung freundlich, und von solchen, welche ihr feindlich gegenüberstehen. Wir haben es erfahren, was eine zielbewußte Regierung im Kampfe mit den Parteien zu erreichen vermag, wenn sie das große Wort zur That werden läßt, über den Parteien zu stehen. Die Regierung soll mächtig sein, wenn sie im Stande ist, sich ihre Machtstellung den Parteien gegenüber zu erkämpfen. Wenn sie es dahin bringt, daß die Opposition sich vor dem Gewicht ihrer Bestrebungen beugt, dann hat sie das Höchste erreicht, was man von ihr erwarten kann.

Die allgemeine Wohlfahrt ist das Ziel, welches alle Parteien, jede auf ihre Weise, erstreben. Daß sich viele Parteibestrebungen nicht in diesen Rahmen bringen lassen, liegt in der Unvollkommenheit der menschlichen Verhältnisse. Es giebt viele überzeugte Conservative, welche glauben, daß ein Staat nur bestehen kann, in welchem sich die Besitzer und Vertreter alter ererbter Vorrechte wohlbefinden, und deshalb glauben sie durch Festhalten an diesem Besitze nicht blos die eigene Sache, sondern auch die des Staats zu fördern. Es giebt Liberale, die gleichfalls den Besitz als das Größte und Beste, was der Vertheidigung und des Schutzes werth ist, betrachten, es sind andere da, die sich auch Liberale nennen, aber die Besitzverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben trachten, und es giebt endlich Socialisten, welche den Besitz als Recht der Gesammtheit in Anspruch nehmen. Zwischen allen diesen Parteien stehen die Anhänger des Papstthums, welche die Herrschaft der Kirche über den Staat als die eigentlich erhaltende Kraft im staatlichen Leben betrachten. Das Lebensfähige in allen diesen Bestrebungen zu erkennen und zu erhalten, das dem Gesammtwohl Schädliche auszuscheiden, ist die Aufgabe einer tüchtigen Regierung, und diese Aufgabe hat die deutsche Regierung erfüllt.

Leipzig, 28. Juni.

* Se. Majestät der **Kaiser** hat die Annahme des den deutschen Fürsten gewidmeten Werkes von Paasche gegen das Auswärtige Amt durch Zurücksendung des prächtig ausgestatteten Exemplares abgelehnt.

* Der zum **Bischof in Paderborn** gewählte Professor Dr. Theophil Simar in Bonn ist geboren am 14. December 1835 in Eupen im Regierungsbezirk Aachen, widmete sich dem theologischen Studium zu Bonn und wurde am 2. Mai 1859 zum Priester geweiht. Bald darauf habilitirte er sich zu Bonn als Privatdocent für Moral-Theologie und wurde in Mitte der 60er Jahre außerordentlicher Professor. Bei dem vaticanischen Concil theilte sich bekanntlich die theologische Facultät der Universität Bonn in zwei Lager, Simar blieb der römisch-katholischen Ueberzeugung treu und nahm von Anfang an eine unzweifelhafte Stellung gegenüber dem Altkatholicismus ein. Dadurch zog er sich eine doppelte Arbeitslast zu, indem er nach der Suspension der altkatholischen Professoren seitens der römisch-katholischen Kirche den Lehrstuhl der Dogmatik neben dem der Moraltheologie ausfüllen mußte. Der kirchlichen Vereinsthätigkeit widmete Simar stets seine vollste Aufmerksamkeit, eine Reihe von Jahren stand er an der Spitze des Sammäus-Vereins; bei den Generalversammlungen der kirchlichen akademischen Vereine pflegt er selten zu fehlen, wie er überhaupt zu der akademischen Jugend, namentlich der theologischen, seit Beginn seiner Amtsthätigkeit stets die besten und engsten Beziehungen unterhielt. Persönlich wird Simar als ein Mann von hervorragender Liebenswürdigkeit und Freundlichkeit in seinem Wesen geschildert, offen und ungezwungen im Verkehr, eine ernste, ruhige, abgeklärte Natur, die aber einen gewissen natürlich-heiteren Grundzug nicht verleugnet.

* Ueber die Beschlüsse des Kronraths wird der „Allgemeinen Zeitung" aus Berlin noch Folgendes geschrieben: „Wir wissen nicht, ob die Vermuthung zutrifft, daß in der heutigen Sitzung des Kronraths Maßregeln zur wirthschaftlichen Hebung der östlichen Landestheile Gegenstand der Berathung gewesen seien. Jedenfalls aber werden solche Maßregeln seit einiger Zeit sehr ernsthaft im Schooße der Regierung erwogen. Verschiedene Umstände haben die Regierung veranlaßt, in der angedeuteten Richtung vorzugehen. Da ist neben der durch die letzte Volkszählung wieder festgestellten allgemeinen Erscheinung des relativen und zum Theil absoluten Rückgangs der Bevölkerung in den Landstädten und Dorfschaften des Ostens der notorische immer drückender gewordene Mangel an Arbeitskräften, der hier und da schon zu Einschränkungen der Wirthschaftshaltung geführt hat und jedem Versuche der Ansiedelung von Industrien hinderlich im Wege steht. Da sind ferner die oft gehörten Wünsche nach einem anderen Gütertarifsystem und die der handelspolitischen Zukunft entnommenen Gründe, auf eine Erleichterung des Absatzes der östlichen Producte Bedacht zu nehmen, namentlich für den Fall, daß ermäßigte Vertragszölle wie nach der österreichisch-ungarischen Seite hin nicht auch für die russische Grenze in Kraft treten. Von den bereits ergriffenen Maßregeln kann das neue Rentenbankgesetz, selbst wenn sich alle darauf gesetzten Hoffnungen erfüllen, überhaupt erst in langsichtigen Fristen seinen Zweck, auf den Latifundien eine seßhafte Arbeiter- und Kleinbauernbevölkerung anzusiedeln, erfüllen, während die bedingte Wiederzulassung russisch-polnischer Arbeiter bis jetzt die acuten Uebelstände wohl gemildert, aber keineswegs beseitigt hat. Nach den angestellten Ermittelungen hat sich, wenngleich sie noch nicht abgeschlossen sind, schon so viel ergeben, daß die Ausfälle, die durch Auswanderung und Sachsengängerei entstehen, durch die Preußengängerei polnisch-russischer Elemente bei Weitem nicht gedeckt werden. So unerwünscht dieser das Germanisirungswerk beeinträchtigende Ausweg auch erscheint, so ist doch mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß der Uebertritt fremder Arbeitskräfte über die östliche Grenze noch weiter von der Regierung erleichtert werden wird. Der Sachsengängerei, die neben den schädlichen auch günstige Wirkungen hat, direct beizukommen, ist unmöglich; man kann nicht mit Zwangsmitteln dem Zuge nach dem Westen, mit dem die Leute ihre wirthschaftliche Lage zu bessern bezwecken, entgegentreten und nur das widerrechtliche Entlaufen, die Verlockungen zum Contractbruch durch Agenten und dergleichen sind bisher Gegenstand der Erwägungen für die gesetzgeberische Initiative gewesen."

* Auch nach der „Kreuzzeitung" kann die Berufung des Unterstaatssecretairs im Handelsministerium Magdeburg für den Posten eines Oberpräsidenten von Westpreußen nicht mehr in Frage kommen. Wiederholt werde versichert, daß der Kaiser den Wunsch hege, einen Großgrundbesitzer der Provinz mit dem wichtigen Posten zu betrauen. Eine solche geeignete Persönlichkeit sei aber bis jetzt noch nicht gefunden.

* Der neue preußische Eisenbahnminister hat sein Amt in einem Zeitpuncte angetreten, in welchem die öffentliche Aufmerksamkeit in ungewöhnlichem Grade auf das Eisenbahnwesen gerichtet ist. Die große Katastrophe von Mönchenstein und verschiedene Unfälle von geringerer Bedeutung haben, was in der gegenwärtigen sommerlichen Reisezeit doppelt begreiflich ist, eine starke Erregung in die weitesten Kreise getragen. Andererseits hat die noch schwebende Bochumer Angelegenheit allerlei Zweifeln an der Sicherheit unseres Eisenbahnbaues Nahrung gegeben. Kurz, es ist eine unverkennbar unbefriedigte Stimmung, mit welcher das Publicum dermalen dem gewaltigsten modernen Verkehrsmittel gegenübersteht. Die Erwartung, daß die traurigen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit auch den deutschen Eisenbahnverwaltungen ein neuer Spern sein werden, um den höchstmöglichen Grad von Betriebssicherheit zu erreichen, braucht nicht erst ausgesprochen zu werden; man hat das Vertrauen, daß dies auch ohne Ermahnung von außen geschieht. Dagegen erscheint es durchaus natürlich, wenn immer lauter gefordert wird, daß die Bochumer Sache vollständig aufgeklärt werde. Nach dem vielerwähnten Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" muß angenommen werden, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind; nur bleibt unklar, ob die Verantwortlichkeit dafür das Bochumer Werk oder die Eisenbahnverwaltung oder beide zusammen trifft. Diese Unklarheit muß, bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Frage, zur Beruhigung der öffentlichen Meinung und im Interesse des Ansehens der deutschen Industrie wie der deutschen Verwaltung unter allen Umständen gehoben werden. Giebt es Schuldige, so treffe sie die verdiente Strafe! Zugleich aber wird sich hier das Material zur Prüfung der in sachmännischen Kreisen unumwunden aufgestellten Behauptung ergeben müssen, daß in der preußischen Eisenbahnverwaltung ein übertriebener bureaukratischer Formalismus herrsche, der die Bedürfnisse des praktischen Lebens nur allzu sehr vernachlässige. Diese Behauptung trifft zusammen mit den bekannten Klagen über die Zurücksetzung des technischen Elements hinter das juristische, und wir fürchten, es wird ihr die Berechtigung schwerlich mit durchschlagendem Erfolge bestritten werden können. Die Entwickelung der Dinge seit der großen Verstaatlichung in Preußen hat unseres Erachtens den Anhängern des Staatsbahnsystems keineswegs Unrecht gegeben; aber deshalb darf doch nicht verkannt werden, daß diesem Systeme auch Nachtheile anhaften, die es wachsamen Augen, wenn nicht ganz zu beseitigen, so doch in Schranken zu halten gilt, wenn anders die Vortheile durch sie nicht aufgewogen werden sollen. Einer dieser Nachtheile ist — und im Bereich der preußischen Verwaltung vielleicht mehr als irgendwo sonst — der Bureaukratismus. Herrn v. Maybach ist bei seinem Abgange viel Lob gespendet worden. So wenig wir, so schreibt die „Nationalliberale Correspondenz" dasselbe schmälern möchten, so können wir doch nur bessen, daß Herr Thielen aus dieser Anerkennung der Verdienste seines Vorgängers nicht die Vorstellung gewinnt, als ob man mit dem actuellen Stande der Eisenbahnverwaltung allgemein zufrieden sei. Die Bedingungen, unter welchen diese Verwaltung wirkt, gestatten ihr durchaus, das preußische Eisenbahnnetz in seinen Leistungen zum ersten Eisenbahnnetz der Welt zu machen. Bis jetzt ist dies Ziel nicht erreicht. Möge dem neuen Minister die Lösung der Aufgabe gelingen!

* Auch in der letzten Sitzung des **Bundesraths** ist der **Antrag auf Wiederzulassung der Redemptoristen** noch nicht zur Verhandlung gekommen.

* Die **Stempelangelegenheit des Bochumer Vereins** beschäftigt noch immer die Presse. Die „Rhein.-Westf. Zeitung" ist heute in der Lage, den Wortlaut der Bedingungen wiederzugeben, welche sich in den cahiers de charge der holländischen Staatsbahnen mit Bezug auf die kostenfreie Anfertigung von Abnahmestempeln in den an den Lieferungen betheiligten Werken befinden. Die Bedingungen, welche für in diesem Jahre angeforderte Materialien gelten, lauten im Urtext sowohl wie in der Uebersetzung wie folgt:

1) Allgemeine Bedingungen für Schienen und Kleineisenzeug.

„Voor het keuren, beproeven en wegen der spoorstaven, eindverbindingen en haakbouten worden alle vereischte werktuigen, toestellen stempels, benevens de werkloozen en al het overigens benoodigde door den aannemer geleverd, ingevolge de bevelen van de bezoldigde Staatsspoorwegen."

„Für die Abnahme, das Prüfen sowohl der Schienen, Endverbindungen, sowie der Hackenbolzen werden alle nöthigen Werkzeuge, Vorrichtungen, Stempel, sowie die Arbeiter und alles sonst Erforderliche geliefert, auf Veranlassung des Beamten der Staatsbahnen."

2) Bedingungen für die Lieferung von Kreuzungsstücken und Gegenschienen.

„De werkloozen, die gevonden worden voor het keuren en beproeven der voorwerpen, de werktuigen voor het stempelen en al het overigens noodige even als de toestellen noodig voor de voorgeschreven keuringen en beproevingen, worden door den aannemer geleverd, ingevolge debevelen van de ambtenaren met de keuring belast."

„Die für die Abnahme und das Prüfen der Gegenstände nöthigen Arbeiter, die Werkzeuge zum Stempeln und alles sonst dabei Benöthigte, ferner die für die vorgeschriebene Abnahme und das Prüfen erforderlichen Vorrichtungen werden seitens des Unternehmers geliefert, kraft der Anordnungen der mit der Abnahme betrauten Beamten."

Wie berichtet wird, **hat das Bochumer Werk infolge dieser Bedingungen auf ausdrückliche Anforderung der betreffenden Beamten 29 Stempel angefertigt.**

* Man schreibt aus **Berlin** von unterrichteter Seite: „Trotz der von amtlicher Seite erfolgten beruhigenden Mittheilungen hat sich infolge des **Bochumer Processes** im Publicum eine nicht zu verkennende Besorgniß herausgebildet, es könnten auch bei uns durch Schienenbrüche **Eisenbahnunglücke** wie das Mönchensteiner herbeigeführt werden. Dem gegenüber sei darauf hingewiesen, daß von sämmtlichen während der drei letzten Jahre in Preußen vorgekommenen Eisenbahnunfällen nur einer auf einen Schienenbruch zurückzuführen ist, und zwar auch nur indirect, insofern zunächst ein Bandreifenbruch erfolgte, welcher dann erst den Schienenbruch veranlaßte".

* Innerhalb der **polnischen Fraction des preußischen Landtages** scheint die Erregung über das letzte Auftreten des Herrenhaus-Mitgliedes **von Koscielski** fortzudauern. Charakteristisch äußert sich der „Orendownik" wie folgt: „Wir Polen haben zwar Abgeordnete in Berlin, wir haben aber keine Fraction mehr. Ein großes Unglück ist das nicht. Unsere Fractionen recrutiren sich aus den Großgrundbesitzern; nachdem dieselben durch die Ansiedelungscommission moralisch gebrochen sind, mußte auch die polnische Fraction sich beflecken, und das ist geschehen." Inzwischen geben die gemäßigten Elemente unter den Polen mit der Absicht um, eine **neue Partei** zu bilden. Nach dem „Goniec Wielk." wären insbesondere das Herrenhausmitglied Herr von Koscielski und der Gymnasiallehrer Chrzanowski zu Strasburg die Väter des „Programms der Zukunft".

* Die **deutschfreisinnige Nothstandsagitation** hat sich jetzt mehr noch als der hohen Getreidepreise der steigenden **Kartoffelpreise** bemächtigt. Hinsichtlich des Getreides müssen wir Tag für Tag hören, die Aufhebung der Zölle würde mit einem Schlag den ganzen Nothstand beseitigen, reichliche Zufuhren aus dem Auslande herbeibringen und die Preise auf ein geringes Maß herabsetzen. Einen Kartoffelzoll haben wir nicht. Warum geschieht also das, was die Deutschfreisinnigen und Socialdemokraten als unausbleibliche erfreuliche Wirkung der Aufhebung der Kornzölle für das Getreide Tag für Tag verkündigen, nicht auch bei den Kartoffeln? Darauf wird man nirgends eine auch nur einigermaßen stichhaltige Antwort empfangen. In Wahrheit liefert eben die Thatsache, daß die Kartoffeln, also ein zollfreies Product, noch mehr im Preise steigen als das Getreide, den Beweis, daß die Preise der Lebensmittel durch ganz andere Factoren, und nur in sehr geringem Maß durch die landwirthschaftlichen Zölle bestimmt werden.

* * *

* Aus **Krakau** wird der „Frankf. Zeitg." gemeldet: Hier herrscht große Aufregung über folgenden Vorfall. **Oesterreichische Deserteure,** die nach Rußland geflohen waren, kamen über die Grenze und machten einen Einbruch im Gebäude des Corpscommandos. Sie drangen in das Bureau des Corpscommandanten, um sich vertraulicher Documente zu bemächtigen. Die Einbrecher wurden gefangen. Die Untersuchung ergab, daß die Einbrecher nach der Flucht aus dem österreichischen Militairdienste von russischen Officieren an der russischen Grenze erwartet und mit Kleidern und Einbruchswerkzeugen versehen wurden.

* Es ist ganz eigenthümlich, daß in der **Schweiz,** so schreiben die „Münchner Neuesten Nachrichten", sich die ami-